



Antworten des CDU-Landesverbandes Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Bisexuellen Journal - Bijou zur Landtagswahl 2019

1. Wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?

4. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Die Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Vorurteile gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen werden erfreulicherweise innerhalb von Familie, Schule, Freizeit und Beruf mehr und mehr abgebaut. Diese positive Entwicklung nehmen wir auch innerhalb der CDU zunehmend wahr. Wir sehen es daher weiterhin als eine unserer primären Aufgaben an, zu zeigen, dass auch künftig in der Gesellschaft selbstbewusst und offen mit dem Thema Sexualität umgegangen wird. Ausgrenzungen und Diskriminierungen stellen wir uns entschieden entgegen. Ein eher symbolischer, jedoch sichtbarer Akt dessen, ist das Hissen der Regenbogenfahne. Gleichauf mit der deutschen und brandenburgischen Landesflagge weht seit einigen Jahren regelmäßig am Internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie diese Fahne u.a. im Innenhof des Landtages und an anderen öffentlichen Stellen des Landes. Sie ist ein weltweites Zeichen für Vielfalt und Toleranz. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diesem Symbol künftig ebenfalls eine wichtige Rolle zugesprochen wird.

Außerdem sind wir der Meinung, dass Aufklärung und Akzeptanz wichtige Bestandteile der Schule sein müssen. Wir sind in diesem Zusammenhang gegen eine Frühsexualisierung, wollen aber Ausgrenzungen und Diskriminierungen durch wissenschaftliche Vermittlung überwinden. Die CDU Brandenburg ist der Auffassung, dass der aktuelle Lehrplan diesen Ansprüchen bereits gerecht wird. Wir werden zudem, so wie es auch der Bericht der Landesregierung zum „Aktionsplan Queeres Brandenburg“ fordert, den begonnenen Weg in Zusammenarbeit mit allen Akteuren fortschreiten. Der aktuelle Bericht kann daher nur als Teilziel verstanden werden, wenngleich seine pure Existenz bereits ein erster Meilenstein ist. Es ist für uns besonders wichtig, den partizipativen Gedanken und den damit verbundenen Dialogprozess fortzuführen. Darauf aufbauend wird sich die CDU Brandenburg für die Weiterentwicklung dieses Aktionsplanes in enger Abstimmung mit allen notwendigen Verbänden und Organisationen einsetzen. Als einen wichtigen Bestandteil dessen wollen wir unbedingt das Projekt „Regenbogenfamilien in Brandenburg stärken“ ausbauen. Wir sind der Auffassung, dass es hier einen großen Bedarf gibt, dem der aktuelle Plan noch nicht gerecht wird. Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft, weil Menschen hier Verantwortung füreinander übernehmen. Deshalb stehen Familien für uns grundsätzlich im Mittelpunkt. Dabei müssen sie aber auch entsprechend ihrer individuellen Herausforderungen Unterstützung erfahren.

2. Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innern, Lehrer_innen)?

3. Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen? Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Die Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Coming-Out ist eine sehr persönliche und eigenverantwortliche Angelegenheit. Jeder Mensch muss diese Entscheidung für sich selbst treffen. Wer hierbei Fragen und Ängste hat, benötigt Beratung. Das Land Brandenburg unterhält eine Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule & Trans*Belange, die eine solche Beratung anbietet. Wir werden diese Stelle weiterhin fördern und fordern mobile Ansätze, über eine Weiterentwicklung des „Aktionsplans Queeres Brandenburg“, sodass auch in den ländlichen Regionen Personen hiervon noch öfter profitieren. Konkrete Finanzierungsnotwendigkeiten lassen sich erst auf der Basis des neuen Plans ableiten.

5. Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten Kräften wie den „Besorgten Eltern“?

Grundsätzlich wollen wir Kinder nicht vor deren Eltern schützen. Die Verantwortung zur Erziehung obliegt nur den dafür Berechtigten, zumindest solange das Wohl der Kinder nicht gefährdet ist. Wir werden nicht das Erziehungsrecht untergraben, bei keiner Familie, egal welche Position zu bestimmten gesellschaftlichen Belangen von Elternteilen vertreten werden. Innerhalb einer demokratischen Gesellschaft müssen auch andere Positionen ausgehalten und toleriert werden. Wir wollen vor allem Prävention und Aufklärung, und dieser Aufgabe muss Schule ganzheitlich und flächendeckend gerecht werden – dafür setzen wir uns ein. Die Befürchtungen, dass Kinder im Rahmen dessen indoktriniert werden oder schamverletzenden Tendenzen ausgesetzt werden, teilen wir eher nicht.

6. In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein Initiative zu bisexueller Sichtbarkeit. Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Ihr Bundesland vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Aus Sicht der CDU Brandenburg spricht nichts dagegen eine solche bzw. vergleichbare Aktion im Land Brandenburg durchzuführen. Siehe hierzu 1. und 4.

7. Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten? Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung? Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Wir wollen die Autonomie der Hochschulen stärken und sind strikt gegen eine staatlich dirigierte Wissenschaft. Wir sind von der Freiheit von Forschung und Lehre überzeugt. Sollte es hierzu sozial- oder naturwissenschaftliche Interessen und Forschungsbestrebungen geben und damit verbunden auch Erkenntnisse, dann werden diese auch in unserem Handeln Berücksichtigung finden.

8. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

9. Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Die Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Egal in welchem Zusammenhang, ob bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau oder beim Kampf gegen Homo-, Bi- und Transphobie: Wir brauchen mehr als nur Lippenbekenntnisse und Symbolpolitik. Vor allem Übergriffe, Beleidigungen und Attacken aufgrund des Geschlechts oder der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe sind leider keine Seltenheit. Grundrechte werden verletzt und Intoleranz ist noch immer Realität. Für die CDU Brandenburg ist das mit unserem Gesellschaftsbild unvereinbar und inakzeptabel.

Gesellschaft, aber auch Kommunikation der Menschen unter- und übereinander, hat sich in den letzten Jahren massiv verändert. Wir betrachten das kritisch. Gerade in sozialen Netzwerken und der Online-Welt wiegen sich Menschen in der augenscheinlichen Anonymität. Die Abgrenzungen von Beleidigungen, Drohungen und Hetzen sind oftmals schwer auszumachen und nehmen leider zu. Dabei ist klar: Straftatbestände sind grundsätzlich zu verfolgen. Wir wollen diese Spirale durchbrechen, u.a. mit mehr Medienkompetenz, aber auch mit repressiven Maßnahmen. Daher sind wir der Auffassung, dass Brandenburg eine Ansprechperson für u.a. gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Staatsanwaltschaft und der Polizei benötigt. Dort sollen, um die Sensibilisierung zu erhöhen, Anliegen, Beschwerden und gegebenenfalls Strafanzeigen aufgenommen werden und auch Kontakte zu Hilfsorganisationen vermittelt werden.

10. Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

2015 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) geurteilt, dass der Ausschluss von Männern, die Sex mit Männern haben, nur unter bestimmten Voraussetzungen und der Einhaltung der Verhältnismäßigkeit erlaubt ist. Seit 2017 dürfen nunmehr auch homo- und bisexuelle Männer Blut spenden. Wir begrüßen diese Änderung. Blutkonserven sollen Leben retten, eine Infizierung von Patienten ist in jedem Fall zu verhindern. Gespendetes Blut unterliegt in Deutschland strengen Kontrollen, was zu einem hohen Maß an Sicherheit und Qualität führt. Dennoch muss kontinuierlich geprüft werden, ob beispielsweise neue Testverfahren für Blutproben einen ausreichenden Schutz für die Spendenempfänger bieten, sodass die Rückstellfrist entsprechend verkürzt werden kann.

11. Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden? Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Für die CDU Brandenburg ist hier vor allem die Abstimmung mit der Bundesregierung wichtig, dort sind derzeit mehrere Vorhaben vorgesehen. Der auf dieser Ebene geplante Aktionsplan, in Zuständigkeit des Bundesfamilienministeriums, ist unbedingt mit den bereits erarbeiteten Strukturen des Landes abzustimmen. Eine Bund-Ländergruppe muss diesen Plan vorbereiten, Doppelstrukturen sind zu vermeiden. Außerdem werden wir das Vorhaben des

Bundesgesundheitsministers Jens Spahn, Konversionstherapien zu verbieten, unterstützen und weitere Entwicklungen (z.B. Transsexuellengesetz und Abstammungsrecht) seitens des Landes begleiten.

12. Was tun Sie dafür, dass die Stimmung in Brandenburg wieder positiver wird? Was tun Sie dafür, dass rechtsextreme Aufmärsche verboten werden? Was tun Sie dafür, dass rechtsextreme Einflussnahmen eingeschränkt werden?

Brandenburg ist ein weltoffenes, tolerantes und hilfsbereites Land. Menschen mit unterschiedlichen Lebensbiografien, Ethnien und Religionen leben bereits in Brandenburg und gestalten hier ihren jeweiligen Lebensmittelpunkt. Diese Offenheit muss auch mit der Verteidigung von Demokratie und Recht einhergehen. Dazu zählt auch ein konsequentes Vorgehen gegen Extremismus. Das extremistische Potenzial und die Gewaltkriminalität sind in Brandenburg auf einem hohen Niveau. Dem müssen wir mit einem durchsetzungsstarken Rechtsstaat begegnen. Wir werden gegen jede Art von Extremismus vorgehen. Verbote von islamistischen, rechts- und linksextremistischen Vereinigungen gilt es konsequent durchzusetzen. Im Landeskriminalamt wollen wir das Dezernat für Prävention wiedereinrichten, um den Ermittlungs- und Kontrolldruck zu erhöhen. Wir unterstützen das Konzept „Tolerantes Brandenburg“ und werden Präventions- sowie De-Radikalisierungsprogramme ausbauen.

13. Warum wird der Rat von Klimaforschenden nicht ernstgenommen? Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird.

Für uns als CDU Brandenburg sind die Einhaltung der vereinbarten Ziele im Pariser Klimaabkommen und damit der Klimaschutz wichtige Aufgaben, um die Zukunft unserer Kinder und Enkel zu sichern. Um die Erderwärmung global zu begrenzen, hat sich Deutschland das Ziel gesetzt, seine Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Auf dem Weg dorthin sollen die Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2030 um mindestens 55 Prozent gesenkt werden. Auch wir als CDU Brandenburg stehen zu diesen Zielen. Brandenburg leistet mit dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis zum Jahr 2038 einen großen Beitrag zur deutschen CO₂-Einsparung. Wir wollen aber noch mehr aus unseren Möglichkeiten machen. Wir wollen in Zukunft alle Landesmaßnahmen zum Klimaschutz von der Staatskanzlei aus koordinieren. Ein Zukunftsbeirat soll sich mit der nachhaltigen Entwicklung Brandenburgs beschäftigen, wir werden die energetische Gebäudesanierung stärker fördern und für bessere Nahverkehrsangebote sorgen. Ein besonderes Anliegen ist uns eine schnelle Aufforstung in Brandenburg. Gemeinsam mit dem Bund werden wir im nächsten Jahr beginnen, mindestens 25 Millionen Bäume in Brandenburg zu pflanzen. Damit ersetzen wir nicht nur, was wir in den vergangenen Jahren durch Sturmschäden, Trockenheit und Forstschädlingen an Wald verloren haben, sondern leisten einen zusätzlichen Beitrag zum aktiven Abbau von CO₂.